

Klimaschutz für Preetz

Im September stellte die BürgerGemeinschaft Preetz – BGP – in der Stadtvertretung den Antrag:

Preetz: Klimaneutral bis 2030 -genug heiße Luft...

Nach ausführlicher Diskussion wurden dann aufgrund des vorliegenden Antrages folgende Beschlüsse gefasst:

Beschluss:

- 1) Die Stadtvertretung nimmt den Sonderbericht des IPCC (Weltklimarat) vom 30.11.2018 zur Kenntnis.

Stimmen: (ja:nein:Enthaltungen) 24:0:0

Beschluss:

- 2) Die Stadtvertretung setzt sich angesichts der bedrohlichen Konsequenzen, die aus einer Verfehlung des 1,5°-Ziels resultieren werden, das (Leitbild-) Ziel, Preetz bis zum Jahr 2030 zu einer klimaneutralen Kommune zu entwickeln.

Stimmen:22:0:2

Beschluss:

- 3) Über die Fortschritte bei der Erreichung dieses Ziels hat die Verwaltung der Stadtvertretung sowie der Öffentlichkeit jährlich zu berichten. Der Bericht soll die erreichten Einsparungserfolge dokumentieren, Probleme offenlegen und ggf. notwendige weitere Maßnahmen vorschlagen.

Stimmen:17:5:2

Beschluss:

- 4) Die Einbindung der Preetzer Bürgerinnen und Bürger - ohne die das Klimaziel nicht erreicht werden kann - in diesen Prozess ist in geeigneter Weise sicherzustellen (ein Beispiel ist die Errichtung eines „Bürgerwaldes“ (-qualitative Aufforstung kann ein wichtiger Beitrag zur CO2-Reduzierung sein).

Stimmen:22:0:2

Beschluss:

- 5) Verwaltung und alle Gremien der Selbstverwaltung sind aufgefordert, Fragen des kommunalen Klimaschutzes bei jeder Entscheidung in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen allerhöchste Priorität einzuräumen.

Stimmen:17:6:1

Beschluss:

- 6) Der Ausschuss für Natur-und Klimaschutz wird gebeten, im Rahmen seiner Zuständigkeit einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die zur Erreichung des Klimaziels notwendigen Maßnahmen organisatorisch umgesetzt werden könnten. Ein entsprechender Vorschlag sollte der Stadtvertretung bis Dezember 2019 vorgelegt werden.

Stimmen:24:0:0

Beschluss:

- 7) Der Haupt-und Finanzausschuss erarbeitet ein eigenes Leitbild: Klimaschutz in Preetz -Ziel klimaneutral bis 2030. Es sollen Ziele und Teilziele erörtert und die vom Ausschuss für Natur- und Klimaschutz vorgeschlagenen Maßnahmen priorisiert werden. Zusammen mit der Verwaltung, insbesondere mit dem Klimaschutzmanagement, lenkt der Haupt-und Finanzausschuss die Umsetzung.

Stimmen:23:0:1

Beschluss:

- 8) Die Planungsbüros, die im Auftrag der Stadt B-Plan-Entwürfe und Verkehrskonzepte ausarbeiten, werden gebeten darzulegen, wie sich durch künftige Planungen der Ausstoß und die Aufnahme von Treibhausgasen verändern würde und mit welchen Maßnahmen dem Klimawandel entgegengewirkt werden kann.

Stimmen:16:8:0

Der Antrag und die Einzelbeschlüsse sind das eine, die Initialzündung sozusagen, die Umsetzung, die Beschreibung der konkreten Handlungsschritte das andere.

In Folge dieses Beschlusses hat der Haupt- und Finanzausschuss in der Januarsitzung auf Grundlage eines Entwurfes der Klimaschutzmanagerin ein Leitbild „Klimaschutz“ verabschiedet und der Stadtvertretung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Bereits in der Haushaltssitzung der Stadtvertretung im Dezember haben CDU, BGP. Grüne einen gemeinsamen Antrag gestellt:

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt für das Haushaltsjahr 2020 die Summe von 500.000 € (davon 200.000 € direkt für 2020 und weitere 300.000 € als VE für 2021) als investive Summe für den Klimaschutz (Photovoltaikanlagen bis 80kWp) in den Haushalt (Teilhaushalt: Natur und Klimaschutz) einzustellen.

Der Ausschuss für Natur und Klimaschutz befasst sich mit der Umsetzung des Vorhabens. Zins und Tilgung in Höhe von 7.000 € werden durch die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Spielgerätesteuern (auf Antrag der BGP) und aus der Nutzungsgebühr der Schwimmhalle (Antrag der CDU) finanziert.

Stimmen:20:4:1

(siehe hierzu die Modellrechnung Einnahmen Parkgebühren in der vorherigen Ausgabe des Stadtmagazins)

Fazit: Die BGP hat mit dem Antrag vom September nicht nur ein wichtiges Zeichen gesetzt, das landesweit Beachtung fand, sondern gemeinsam mit anderen politischen Gruppierungen sich sogleich an die konkrete Umsetzung gemacht.

Ein Lehrbeispiel konstruktiver Kommunalpolitik, die über den „Tellerrand“ hinausblickt.

Jörg Fröhlich (BGP-Fraktionsvorsitzender)